

Offener Brief an Herrn Vizekanzler Werner Kogler

Sehr geehrte Verantwortliche, lieber Herr Vizekanzler Werner Kogler,

da ihr Dialogbüro irgendwie als Einbahnstraße funktioniert, bleibt mir in der bisherigen Ermangelung einer Reaktion von ihrer Seite hiermit nur die abschließende Weiterführung meines begonnenen Monologes.

Der konkrete Anlass meines Schreibens liegt in dem kürzlich mit ihrer Zustimmung gefassten Beschluss, die Polizei zur Erhebung von Krankheitssymptomen zu ermächtigen.

Vorweg will ich sagen dass es nicht meine Absicht ist, irgendeine Forderung an sie zu stellen. Es ist lediglich ein Versuch, meine persönliche Mitverantwortung für das aktuelle soziale Geschehen als so gut als möglich abzugrenzen und damit eventuell sogar eine Anregung zu einer weiterführenden Gedankenbildung zu vermitteln.

Ich habe sie mit meiner Stimme bei fast allen Wahlen im Laufe der letzten dreißig Jahre unterstützt, weil sie für mich die einzige Alternative zu den etablierten Parteien waren. Die Bemühungen um unseren Lebensraum Erde haben im Laufe dieser Zeit Früchte getragen. Derzeit geht es um den Menschen selbst.

Ich ersuche Sie hiermit, die ihnen auch durch meine Stimme geliehene Verantwortung für das Land Österreich dazu zu nützen, den Aspekt der Freiwilligkeit wieder in Zusammenhang mit der eigenständigen Urteilsfähigkeit mündiger Staatsbürger zu bringen. Kurz gesagt: Heben Sie die auf die Pandemie bezogen bestehenden Zwangsmaßnahmen ganz einfach auf und geben Sie den Menschen damit ihre Mündigkeit zurück. Nicht nur die Todeszahlen, sondern auch die Anzahl der ohne verfügbare Medikamente wieder völlig gesund gewordenen Menschen macht die Gefährlichkeit der Situation für jeden zurechnungsfähigen Erwachsenen in Österreich gut einschätzbar.

Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der gegenwärtigen rechtlichen Rahmenbedingungen könnte so etwas entspannter bis zu einer Klärung der dem Verfassungsgerichtshof vorliegenden Eingaben durchlebt werden.

Die folgende Auflistung ist nicht persönlich gemeint. Der militante Stil der Formulierung ist mir selber etwas peinlich, er ist aber ein Abbild der strukturellen Gewalt, die unserer Staatsform innewohnt, über die sie als Regierungspartei derzeit verfügen und die sich derzeit auch in besonders sensiblen Bereichen wie dem Umgang mit Kindern ganz unverhüllt zeigt.

Meine letzte Wahlentscheidung für die «Grünen» will und kann ich nicht mehr widerrufen. Ich entziehe ihnen aber hiermit moralisch das Recht, in meinem Namen

- **Kinder niemals wieder aufgrund von hypothetisch konstruierten «Annahmen» im Pflichtschulalter zu zwingen, ihre Schulpausen sowohl in der Schule als auch im Freien mit einer die Atmung behindernden Maske zu verbringen.** Sie können ihrem natürlichen Bewegungsdrang durch die Streichung der Turnstunden nicht mehr nachkommen und werden zusätzlich gezwungen, bei der noch verbleibenden spärlichen körperlichen Betätigung in den Pausen nicht richtig atmen zu können. Ich bin seit über dreißig Jahren als beamteter Lehrer tätig und musste dieses Szenario vom 18.5. 2020 an täglich miterleben.
- Menschen in Österreich durch eine öffentliche **Berichterstattung, die auf Todeszahlen ohne Vergleichswerte und Schreckensbilder aus dem Ausland ausgerichtet ist, in permanente Todesangst zu versetzen.**
- **Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des körpereigenen Immunsystems von gesunden Menschen systematisch zu untergraben** und die dauernde Bedürftigkeit nach einer medizinischen Betreuung oder Behandlung in Form von Schutzmaßnahmen «von der Wiege bis zum Grabe» als den neuen «Normalzustand» darzustellen.
- Menschen, die dieser **aufgezwungenen Vorsorge und Bevormundung im Namen eines staatlichen Diktates von «Gesundheit geht vor»** nicht zustimmen oder sogar misstrauen, als nicht ganz zurechnungsfähig und eventuell gemeingefährlich hinzustellen.
- Durch die **Verbreitung widersprüchlicher offizieller Informationen das Wahrheitsgefühl mündiger Staatsbürger dauerhaft zu belasten.**

Die Verwendung von **Schutzmasken** wurde z.B. wochenlang als gar nicht nötig und sogar riskant dargestellt um dann plötzlich ohne weitere Begründung in Form eines Maskenzwanges «schützend» wirken zu können...Die im **Hygienehandbuch Covid19** formulierten Imperative wurden mit der Überschrift «Empfehlungen» versehen um einerseits die Durchsetzung zu garantieren und sich andererseits der Verantwortung für eventuelle Folgeschäden zu entziehen...

- Die Gelegenheit der krisenhaften Situation zu nutzen, um die **Digitalisierung aller Lebensbereiche ohne Rücksicht auf den Willen vieler Menschen voranzutreiben** und die damit verbundene Konzentration staatlicher Kontrollgewalt noch weiter zu erhöhen.

- **Den Rechtsstaat unter dem Vorwand einer prinzipiellen Bedrohung von Leib und Leben unter Ausschaltung der Grundrechte in eine Art latenten und permanenten Kriegszustand zu versetzen**, der mit den Mitteln eines Polizeistaates die Bürger darin überwacht, den Anordnungen kritiklos Folge zu leisten.

- Die **Gesellschaft durch die bisher genannten Maßnahmen in eine Spaltung zu treiben** zwischen den Befürwortern der genannten Maßnahmen und den Gegnern derselben.

- Ein **geistloses Menschenbild zu pflegen**, dem es an dem Willen zu Freiheit prinzipiell mangelt.

Ich werde diese Nachricht auch in Form eines offenen Briefes im meinem Bekanntenkreis verteilen.

Wenn sie wirklich Mut für Zukunft haben, veröffentlichen Sie bitte diesen Text mit entsprechenden Gegenargumenten auf ihrer Homepage.

Mit vielen Grüßen,

Wolfgang Schaffer,

Bürger des Landes Österreich

am 12.7. 2020

Von: Dialogbüro des grünen Parlamentsklubs.
An: wolfgangs@gmx.at.
Werner Kogler

Gesendet: Mittwoch, 6. Mai 2020 17:22.
Betreff: Ihr Mail an die Grünen: Mitteilung an Herrn

Sehr geehrter Herr Schaffer,

vielen Dank für Ihr Mail!

Gerne erreichen Sie Vizkanzler Kogler im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport unter der E-Mail-Adresse werner.kogler@bmkoes.gv.at

Beste Grüße vom Team des Dialogbüros

DRAN BLEIBEN - GRÜNE INFOS FÜR SIE! Wir freuen uns, wenn Sie weitere Informationen über die Aktivitäten der Grünen erhalten wollen. Schreiben Sie uns und bleiben Sie in Kontakt mit uns.

DIALOGBÜRO - DIE GRÜNEN

GRUENE.AT

Von: wolfgangs@gmx.at

An: "dialogbuero" <dialogbuero@gruene.at>

Gesendet: Montag, 4. Mai 2020 12:09:57

Betreff: Mitteilung an Herrn Werner Kogler

Sehr geehrter Herr Kogler, ich danke ihnen zuerst einmal für den großen Einsatz und den Ernst, mit dem Sie versuchen, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden. Da ich ihrer Partei bei der letzten Wahl meine Stimme gegeben habe, fühle ich mich auch mitverantwortlich für die derzeitige politische Situation.

Ich kann ihnen derzeit leider nicht mehr das Vertrauen aussprechen, das mich bei der Wahl bewog, sie ganz persönlich zu unterstützen. Ich hatte damals den Eindruck, sie wären ein Garant dafür, dass die Form von Menschlichkeit, wie sie in den verfassungsmäßig verankerten Grundrechten und Freiheiten vorliegt, auch unter einem gewissen politischen Paradigmenwechsel in Österreich gewahrt bleiben könnte.

Plötzlich ist alles anders. Unter den Vorzeichen von Gesundheit und Krankheit, ja Leben oder Tod vertreten sie nun eine Position, die die totalitäre Perspektive eines Rechtsstaates mit der Begründung einer Gefahr im Verzug rechtfertigt. Das halte ich unter entsprechenden Umständen für legitim.

Der Vertrauensverlust liegt in meinem Fall zentral an der Frage der Einschätzung der Verhältnismäßigkeit und der Art und Weise, wie öffentlich versucht wird, die Urteilsbildung der Staatsbürger zu beeinflussen.

Besonders die medienwirksame Darstellung von Todeszahlen ohne relevante Vergleichswerte entspricht doch penetrant dem Szenario von Kriegszuständen.

Expertenmeinungen werden erfahrungsgemäß einem Sachverhalt am besten gerecht, wenn sie sich nicht gegenseitig unterstützen. Das Leben ist zu komplex, als dass es sich in irgendeiner Weise alternativlos darstellen ließe. Die Gefahr liegt meiner Ansicht nach nicht in einer Verunsicherung der «einfachen Menschen» auf der Straße durch Informationen, die eine eigenständige Urteilsbildung anregen können sondern darin, sie diese Fähigkeit durch vorgefertigte, nicht weiter hinterfragbare Endprodukte einer nicht näher einsehbaren Urteilsbildung herabzulassen.

Die nächste zu erwartende Maßnahme betrifft die zwingende Einführung eines Immunitätsnachweises. Ich erwarte ehrlich gesagt von Ihnen ein eindeutiges Bekenntnis zu den Grundrechten von Freiheit und Leben in körperlicher Unversehrtheit, das restriktive Maßnahmen für Menschen ohne einen solchen Nachweis ausschließt.

Ganz besonders exponiert sind unter diesen Voraussetzungen Menschen, die sich nicht freiwillig einer eventuell verfügbaren Schutzimpfung unterziehen wollen. Da es sich dabei voraussichtlich um eine Minderheit handeln wird, sollten sie sogar einen ganz speziellen Schutz genießen, um nicht durch den instinktiv auftretenden und umso ärger wirkenden Herdentrieb der Mehrheit von Befürwortern in ihrer Entscheidungshoheit im Hinblick auf ihre persönliche Gesundheitsvorsorge beeinträchtigt zu werden.

Falls Sie meine Darstellung übertrieben oder unangemessen finden, denken sie bitte einige Jahrzehnte zurück und reflektieren sie bitte die Entstehungsmomente radikaler sozialer Bewegungen. Es sind durchwegs Zwangsmaßnahmen.

Gestatten sie mir bitte, hier noch eine Bemerkung zu ihrem direkten Koalitionspartner anzufügen. Es scheint sich um eine Persönlichkeit zu handeln, die sich jeder wirklichen Übernahme von Verantwortung äußerst erfolgreich zu entziehen vermag.

Zukunft wird aus Mut gemacht!

Mit herzlichen Grüßen,

Wolfgang Schaffer